



Antrag 07 – KV AC-DN-HS

Änderungsantrag zum Antrag des Landesvorstandes 2/2017-LPP-1

(Energie – Punkt 38 des Antragstextes – Absatz 4)

Antragsteller: Kreisverband Aachen – Düren – Heinsberg

Abstimmungsergebnis: 4 ja / 0 Enthaltungen / 0 nein

Montag, 23.01.2017 – Kreisversammlung (überarbeitete Version vom 10.01.2017 – dort vertagt zur Überarbeitung)

Antragstext

Der Landesparteitag möge folgende Änderung beschließen:

„Urananreicherungsanlagen und Brennelementefabriken sowie dadurch bedingte Transporte sind bei konsequentem Atomausstieg kurzfristig überflüssig und ebenso kurzfristig zu schließen bzw. zu beenden. Neue oder Anschlussverträge mit nationalen und internationalen Firmen aus der Atomwirtschaft mit den o.g. Anlagen und Fabriken sind seitens des Gesetzgebers auszuschließen, bestehende Verträge auf die Möglichkeit der kurzfristigen Beendigung zu prüfen.“

Begründung

Gronau und Lingen stehen nicht nur symbolisch für die deutsche Beteiligung am Erhalt und dem Weiterbetreiben der maroden Risiko-Reaktoren im grenznahen Ausland (Belgien: AKWs Tihange und Doel; Frankreich: Fessenheim). Mittlerweile wird wissenschaftlich mehrheitlich nicht mehr angezweifelt, dass bei einem Super-Gau in einem der AKWs die große Gefahr der dauerhaften Unbewohnbarkeit großer Teile NRWs besteht.

Sowohl Deutschland, als auch das Bundesland NRW müssen sich endlich der „Mitschuld“ am Weiterbetrieb der o.g. Meiler und weiter AKW weltweit bewusst werden.

Zur ergänzenden Info: Die UAA Gronau wurde zwischen 1985 und 2008 (2. Erweiterungsantrag) für die Belieferung von 34 großen AKW (!) ausgebaut.